



Pressekonferenz 2.3.2018

Präsentation der Initiative „**Wie soll Arbeit?**“ von Arbeiterkammer und ÖGB zum Mitreden und Mitbestimmen

Rudi Kaske

Präsident der Bundesarbeitskammer und der AK Wien

Erwin Zangerl

Vizepräsident der Bundesarbeitskammer, Präsident der AK Tirol

Norbert Schnedl

ÖGB-Vizepräsident, Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Erich Foglar

ÖGB-Präsident

Wie soll Arbeit? Das ist der Titel einer großen Initiative zum Mitreden und Mitbestimmen, die bis Ende Mai 2018 von Arbeiterkammer und ÖGB österreichweit durchgeführt wird. Mit der Initiative soll aktiv der Kontakt mit den Beschäftigten in Österreich gesucht und Input zu den verschiedensten Fragestellungen eingeholt werden.

Was steckt hinter der Idee?

Arbeiterkammer, Gewerkschaften und ÖGB sind durch BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen, JugendvertrauensrätInnen sowie durch Beratungen und sonstige Leistungen sehr nah an ihren Mitgliedern und deren Arbeitsalltag. Allein die Arbeiterkammer führt rund zwei Millionen Beratungen im Jahr durch. Der ÖGB und die Gewerkschaften sind vor Ort in den Betrieben ebenfalls mit vielen tausenden Beschäftigten täglich im Kontakt.

Für diese Initiative bündeln Arbeiterkammer und Gewerkschaft ihre Stärken – um in einen möglichst großen Dialog mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Österreich einzutreten. Es ist eine neue Art einer Initiative, die es in dieser Form in einer Interessenvertretung noch nie gegeben hat.

Die Ergebnisse sollen den beiden Interessenvertretungen eine Leitschnur sein, welche Themen künftig stärker gesetzt werden und in welcher Richtung sich die Angebote an die Mitglieder weiterentwickeln sollen. „Aus den zwei Millionen Beratungen, die wir im Jahr durchführen, wissen wir sehr genau, wenn es im Arbeitsleben, wenn es beim Wohnen oder als Konsument bzw. Konsumentin Probleme gibt. Hier helfen wir weiter, verhelfen den Mitgliedern zu ihrem Recht und leiten aus den einzelnen Problemlagen natürlich auch rechtliche und politische Forderungen ab. Das ist unsere tägliche Arbeit. Aber jetzt wollen wir von den Mitgliedern abseits der akuten persönlichen Problemlagen wissen: Was können wir tun, dass sich die Arbeits- und Lebensumstände der Beschäftigten weiter verbessern?“, sagt Rudi Kaske, Präsident der Bundesarbeitskammer und der Arbeiterkammer Wien.

In die gleiche Kerbe schlägt ÖGB-Präsident Erich Foglar: „Die ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretungen AK, ÖGB und Gewerkschaften inklusive BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und JugendvertrauensrätInnen sind auch in Zukunft die Garanten für faire Beschäftigungsverhältnisse. Wir sind immer an einem Dialog mit den arbeitenden Menschen interessiert - für deren Anliegen zu kämpfen, wird auch künftig unsere wichtigste Aufgabe sein.“

ÖGB-Vizepräsident und Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Dr. Norbert Schnedl bekräftigt, dass das Modell der Sozialpartnerschaft ein Erfolgskonzept Österreichs ist. Es bringt einen gerechten Interessenausgleich und stellt damit den sozialen Frieden in Österreich sicher. „Mit dieser großen Initiative zum Mitreden und Mitbestimmen werden die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Österreich noch besser erfasst. Das ist das Wesen einer gut ausgebauten und funktionierenden Demokratie“, so Schnedl.

Welche Schwerpunkte gibt es?

Die Beschäftigten in Österreich werden zum Mitreden ermuntert: Wie soll die Arbeitswelt in Zukunft gestaltet sein? Was ist aus ihrer Sicht das Wichtigste, damit sich ihre Arbeits- und Lebenssituation weiter verbessert? Und gibt es, trotz aller Offenheit für den Wandel, bestimmte rote Linien, die sie nicht überschritten haben wollen – Rechte, die ihnen besonders wichtig sind?

Die Initiative wird sieben Schwerpunkte haben:

- Arbeitszeit
- Lohn- und Sozialdumping
- Gerechtigkeit: Gleicher Lohn für gleiche Leistung
- Wohnen
- Digitalisierung
- Pensionen
- und Soziale Sicherheit.

Zu jedem dieser Themen werden im Rahmen der Initiative Schwerpunkte gesetzt, auch das soll den Dialog fördern. „Wir erleben gerade – auch durch die Digitalisierung – Zeiten der Umbrüche. Wenn sich so vieles verändert, wenn die Anforderungen an die Beschäftigten andere werden, dann ist es aus unserer Sicht umso notwendiger, dass es Sicherheit durch den Sozialstaat gibt“, sagt Rudi Kaske. „Die Digitalisierung stellt uns vor ganz neue Herausforderungen – wir werden auch über eine Neubewertung und Umverteilung von Arbeit nachdenken müssen. Sinnstiftende Beschäftigung, soziale Innovationen und eine moderne Arbeitsmarktpolitik müssen dringend ausgebaut statt eingespart werden“, ergänzt Foglar in Hinblick auf das angekündigte AMS-Kürzungspaket. Ein weiterer wichtiger Aspekt wäre laut ÖGB-Präsident die Bildung: „Hier werden wir dringend umdenken müssen und auf Lehrinhalte setzen, die junge Menschen darauf vorbereiten mit künstlicher Intelligenz zu interagieren“, betont Foglar. ÖGB-Vizepräsident Dr. Norbert Schnedl ergänzt zu den Schwerpunkten der Initiative: „Das Lohn- und Sozialdumpinggesetz ist ein Meilenstein gerechter ArbeitnehmerInnenpolitik und setzt Standards für ganz Europa. Damit ist Fairness und Gerechtigkeit sichergestellt. Es darf keinesfalls zu nachteiligen Veränderungen für die ArbeitnehmerInnen kommen. Das wäre schlichtweg inakzeptabel.“

Wie geht das Mitmachen?

Eingeladen mitzumachen sind alle ArbeitnehmerInnen in Österreich – auch wenn sie sich gerade in Karenz befinden, auch wenn sie gerade eine andere Stelle suchen. In den jeweiligen Mitgliederzeitschriften wird dazu aufgerufen, einen Fragebogen auszufüllen – egal ob auf einer Postkarte oder im Internet auf der Seite www.wie-soll-arbeit.at oder unter #wiesollarbeit auf Twitter. Auch bei Beratungen der Arbeiterkammer in den mehr als 90 AK Beratungszentren in ganz Österreich, bei Betriebsbesuchen durch die Gewerkschaften und auf vielen anderen Wegen wird versucht, in Kontakt mit den Beschäftigten zu treten.

Kontaktaktionen:



Jede der neun Länderkammern wird sich eigene Aktionen einfallen lassen, um den Dialog zu verstärken. Der ÖGB wird die Initiative mit Betriebsbesuchen, Veranstaltungen im öffentlichen Raum und Verteilaktionen unterstützen.

Was passiert mit den Ergebnissen?

Die Fragebögen werden von Ifes analysiert. Der Input, der aus anderen Kontakten mit den Beschäftigten stammt, wird ebenfalls berücksichtigt. Erste Ergebnisse sollen bereits im Juni beim ÖGB-Bundeskongress und bei der Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer präsentiert werden.

Der Wunsch der Beschäftigten ist für Arbeiterkammer und ÖGB ein klarer Auftrag, welche Themen künftig stärker gesetzt werden sollen. Die AK und der ÖGB werden daraus ein Aktionsprogramm ableiten, das einerseits die politischen Schwerpunkte für die nächsten Jahre bildet und andererseits auch die AK-Leistungsschwerpunkte definiert.

„Für uns ist ausschließlich die Meinung unserer Mitglieder der Maßstab“, sagt Erwin Zangerl, Präsident der Arbeiterkammer Tirol und Vizepräsident der Bundesarbeitskammer. „Wir richten uns nach den Mitgliedern und nach niemand anderem sonst.“